

Gewerkschaftsforum Hannover:

Der folgende Artikel erschien in gekürzter und redigierter Form (5.556 Zeichen) in der „*jungen Welt*“ vom **6.8.2008**. Wir freuen uns, hier die vollständige Originalversion (6.520 Zeichen) präsentieren zu können.

Ende der Fiesta

Die Wirtschaftskrise in Spanien stellt Zapatero vor Probleme.

Waldemar Bolze

Seit seiner überraschenden Wahl Mitte April 2004 ist der spanische Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero zur Lichtgestalt der europäischen Sozialdemokratie aufgestiegen. Selbst nach dem, nicht zuletzt der Anbiederung an Zapatero geschuldeten, Wahldebakel der Vereinigten Linken (*Izquierda Unida*) Anfang März 2008, klagte der damalige Parteichef von Rifondazione Comunista, Franco Giordano, mit Blick auf die eigene Mitte-Linke noch: „Wenn Veltroni doch bloß so wäre wie Zapatero!“ („*il manifesto*“ vom 12.3.2008) Mit diesem Mythos könnte nun bald Schluss sein, denn der wesentliche Grund für Zapateros Renommee war neben dem Abzug der spanischen Truppen aus dem Irak vor allem die gute Wirtschaftsentwicklung.

Bereits Mitte Juni sah die „Frankfurter Allgemeine“ „*Spanien in Not*“ und seit Anfang Juli spricht nun auch Zapatero selbst von einer „*Krise*“. Nicht ohne Grund, wie die Zahlen zeigen: 2007 lag das Wirtschaftswachstum, genau wie im Durchschnitt der letzten zwölf Jahre, noch bei 3,8% und damit deutlich über dem EU-Mittel. Vor wenigen Tagen musste die PSOE-Regierung dann ihre Prognose für das laufende Jahr zum zweiten Mal innerhalb von nur drei Monaten drastisch nach unten korrigieren. Demnach ist 2008 nur noch mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,6% und 2009 sogar nur mit 1% zu rechnen. Wirtschaftsminister Pedro Solbes zufolge wird die Wirtschaftskrise im kommenden Jahr ihren Höhepunkt erreichen. Von den wohlfeilen Beteuerungen, ab 2010 gehe es dann wieder aufwärts, einmal abgesehen, wäre damit ein Anstieg der Arbeitslosenquote auf offiziell 12,5% verbunden. Bereits im zweiten Quartal diesen Jahres lag sie mit regierungsamtlichen 10,4% so hoch wie seit vier Jahren nicht mehr.

Hauptauslöser der Krise ist der Zusammenbruch des Immobiliensektors, der in Spanien ein überdimensionales Ausmaß angenommen hat und mit gut 18% mehr zum BIP beiträgt als die Industrie (13,4%). Laut dem Nationalen Amt für Statistik ist der Wohnimmobilienmarkt im Mai um 34% eingebrochen und die Vergabe von Hypotheken um 40%. Gleichzeitig leidet das Königreich unter einem chronischen Außenhandelsdefizit, einer sehr niedrigen Arbeitsproduktivität und eben einem ungewöhnlich schwachen Industriesektor, was bislang vor allem von der Baubranche und dem Tourismus ausgeglichen wurde. Das Außenhandelsdefizit stieg von 77,9

Mrd. Euro 2005 auf 98,9 Mrd. 2007. Parallel dazu erhöhte sich das Leistungsbilanzdefizit von 5,8% des BIP in 2004 auf 9,6% im vergangenen Jahr.

Spanien hat lange auf Zeit auf Pump gelebt. Der Aufschwung beruhte im Wesentlichen auf einem beispiellosen Bau- und Konsumboom, der durch die günstigen Zinsen genährt wurde, die der Beitritt zur Europäischen Währungsunion dem Land bescherte. In den letzten zehn Jahren wurde in Spanien (bei gut 45 Millionen Einwohnern) mehr gebaut als in Deutschland, Frankreich und Italien zusammen. Die wirtschaftsliberale „*Neue Zürcher Zeitung*“ brachte es am 29.7.2008 auf den Punkt: „*Es wurde gebaut auf Teufel komm raus, oft ohne Blick auf die reale Nachfrage. Diese Blase ist nun geplatzt.*“ Parallelen zu den USA seien unverkennbar. „*Die Budgets der spanischen Haushalte, die über Hypotheken stark verschuldet sind, kommen zudem wegen der wieder höheren Zinsen und der jüngst auf 5% gestiegenen Teuerung unter Druck.*“

Genau wie die USA ist dies auch in Spanien mit dem Bankrott von Großkonzernen verbunden, die bis gestern noch als „*nationale Champions*“ galten. Prominenteste Beispiele sind die Immobilienunternehmen Martinsa-Fadensa und Continental. Der Branchenprimus Martinsa-Fadensa meldete Mitte Juli mit einer Schuldenlast von 5,2 Milliarden Euro Insolvenz an, nachdem er mit dem Versuch gescheitert war, einen weiteren Kredit in Höhe von 150 Millionen € zu bekommen. Damit erlitt auch die zentrale These der *FAZ* Schiffbruch, die noch am 18. Juni in einem Leitartikel des Wirtschaftsteils erklärt hatte, seine Unternehmen seien „*das größte Pfund, mit dem Spanien heute wuchern kann*“, weshalb „*ein Abstieg wie der Portugals nicht zu erwarten steht*“. Das Nachbarland hatte seit den 80er Jahren ebenfalls „*dynamisch auf der Überholspur gelegen*“, dann aber 2002 einen „*unerwarteten Einbruch*“ erlitten, von dem es sich bis heute nicht erholt hat.

Zapatero und seinem Kabinett fällt zu den geänderten Vorzeichen nichts Rechtes ein. Für allgemeine Verblüffung sorgte die Aussage des als neuer „*starker Mann*“ geltenden Industrie- und Handelsministers Miguel Sebastián, dass es gut für Spanien sei, wenn die Wirtschaft jetzt stark falle, weil dann der Aufschwung umso schneller beginnen könne. Ein Mitte April vom Stapel gelassenes Maßnahmenpaket zur Stimulierung der Wirtschaft im Umfang von 10 Mrd. € ist bereits verpufft. Wie vor den Wahlen versprochen, wurde dabei die Einkommenssteuer für Lohnabhängige, Selbstständige und Rentner um 6 Mrd. € gesenkt, wodurch sich die Jahreseinkommen von 16 Millionen Spaniern in diesem Jahr um 400 Euro erhöhen. Überraschend wurde gleichzeitig die Vermögenssteuer abgeschafft, was für eine Million „*Besserverdiener*“ ein Steuergeschenk in Höhe von 1,8 Mrd. Euro bedeutet. Auch die einzige andere Idee der PSOE-Regierung ist weder neu noch besonders fortschrittlich. Sie lautet: „*Ausländerrückführung*“. Wie immer im ersten Schritt mit Hilfe „*finanzieller Anreize*“. Der neue Minister für Arbeit und Einwanderung Celestino Corbacho, der sich durch sein rücksichtsloses Vorgehen gegen Immigranten im Barcelonaer Vorort Hospitalet einen Namen gemacht hat, will eine Million der vier Millionen Migranten davon „*überzeugen*“, das es besser für sie sei, schleunigst das Land zu verlassen. Bei Einwilligung sollen 40% der bislang erworbenen Ansprüche auf Arbeitslosenhilfe sofort ausgezahlt und der Rest dann in den Ursprungsländern bezogen werden.

An die vom bürgerlichen Lager vehement geforderten „*tiefer greifenden Reformen, etwa zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes oder zu Einsparungen der öffentlichen*

Hand“ (NZZ 24.7.2008) traut sich Zapatero noch nicht heran. Da Spanien das EU-Mitglied mit dem höchsten Prozentsatz an Beschäftigten mit befristeten Verträgen ist (34% im Jahr 2006) und bereits heute 20% der Einwohner und 30,6% der Über-65jährigen unter der Armutsgrenze leben, dürfte ihm klar sein, dass nicht mehr viel Spielraum besteht, wenn er seinen Nimbus behalten und größere Klassenkämpfe vermeiden will. Wirtschaftsminister Solbes forderte daher Gewerkschaften und Unternehmer auf, der Krise „*im Dialog*“ zu begegnen.

Vorbemerkung: Gewerkschaftsforum Hannover

Kontakt: gewerkschaftsforum-H@web.de